

Klima – war da was?

Zwei Wochen lang diskutierten Politiker, Diplomaten, Wissenschaftler und Aktivisten auf einer Konferenz in Bonn über die Erderwärmung. Die vier wichtigsten Fragen und Antworten zum Gipfel **VON ALEXANDRA ENDRES UND PETRA PINZLER**

1 Was hat die Konferenz in Bonn für das Klima gebracht?

Kleine Fortschritte. Mehr hatte auch niemand erwartet. Die Bonner Klimakonferenz war von Anfang an als eine Art Arbeitstreffen geplant worden, auf dem sich die Regierungen zwar gegenseitig Mut machen und voneinander lernen können – aber keine bahnbrechenden Beschlüsse fassen müssen. Außerdem sollte Bonn das Abkommen von Paris praxistauglich machen – und dabei sind die Delegierten ein ganzes Stück weitergekommen.

Nötig ist das, weil sich die Regierungen in Paris vor zwei Jahren zwar geeinigt haben, das Klima zu schützen und die durchschnittliche Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad, möglichst sogar unter 1,5 Grad zu begrenzen. Wie das umgesetzt werden soll, blieb aber offen. Seither diskutieren Regierungsvertreter über technische Details und Verfahren. In Bonn ging es zum Beispiel um Fragen wie: Nach welchen Regeln sollen die Emissionen von Treibhausgasen gemessen werden? Welche Hilfe erhalten Länder, die stärker als andere unter den Folgen des Klimawandels leiden? Und, besonders wichtig: Wie müssen künftige Verhandlungen aussehen, damit die Staaten ihre Klimapolitik noch verbessern? Das ist nötig, weil die bisherigen Zusagen der Regierungen nicht reichen, um das Ziel zu schaffen.

Am frühen Samstagmorgen konnten sich die Delegierten in Bonn auf einen 260 Seiten langen Entwurf für ein Regelwerk einigen. Der soll nun gekürzt und von den Regierungen 2018 in Polen beschlossen werden. Das ist schon allein deswegen ein Erfolg, weil es vor der Konferenz die Sorge gab, dass die USA den ganzen Prozess torpedieren würden. Doch obwohl Donald Trump den Austritt der USA aus dem Pariser Abkommen angekündigt hatte, bremste er die Bonner Verhandlungen nicht. Fast noch wichtiger aber war: Keine andere Regierung zweifelt das Vertragswerk mehr an. Das Beispiel der USA hat also keine Schule gemacht.

Im inoffiziellen Teil des Gipfels, den immerhin 22000 Gäste besuchten, um beim Klimaschutz voneinander zu lernen, bestimmten andere Amerikaner dann die Stimmung. Die Vertreter einer alternativen Delegation aus Gouverneuren, Unternehmern, Bürgermeistern und allerlei Prominenz verkündeten auf jedem Podium, das sich ihnen bot: »Wir sind noch dabei!« Und: »Wir werden das Pariser Abkommen erfüllen, auch gegen den Willen Donald Trumps.« Für den Gipfel war das ein wichtiges politisches Signal.

2 Kommt jetzt der Kohleausstieg?

Nein. Er rückt allerdings näher. Denn in Bonn haben 20 Länder verkündet, dass sie den klimaschädlichen Energieträger bis 2030 aus ihrem Energiesystem verbannen wollen. Zu den Aussteigern gehören zwar einige, die wie Frankreich schon lange auf Atomstrom setzen, aber

auch Länder wie Dänemark – in denen noch vor zehn Jahren die Hälfte des Stroms mit Kohle produziert wurde, heute aber immer mehr Windkraft und Gas genutzt werden.

Und auch in den USA, wo Präsident Donald Trump laut für die Renaissance der Kohle wirbt, wird faktisch immer weniger davon verbrannt. Sie ist einfach zu teuer, Gas und vor allem die erneuerbaren Energieträger sind billiger. Zudem erklären immer mehr amerikanische Bundesstaaten und Städte den Ausstieg – unbeeindruckt davon, was der Präsident so redet.

Schwieriger ist die Lage in Schwellenländern wie Indonesien, Ägypten oder Bangladesch, in de-

nen immer noch neue Kraftwerke gebaut werden. Stehen die erst einmal, dann werden sie 30 bis 50 Jahren weiterbetrieben.

3 Welche Rolle spielt Deutschland in der Klimapolitik?

In Bonn hat sich die Bundesregierung präsentiert wie eh und je: Seit die erste Klimakonferenz 1995 in Berlin von der damaligen Umweltministerin

Angela Merkel geleitet wurde, spielt Deutschland international eine sehr aktive Rolle. Inhaltlich – wenn die Staatengemeinschaft zu neuen, ehrgeizigen Klimaschutzziele gedrängt werden muss. Im Hintergrund – wenn es darum geht, die Regierungen auch nach einem Streit wieder an einen Tisch zu bringen. Finanziell – wenn wie jetzt in Bonn eine Klimaversicherung für besonders gefährdete Länder vorgestellt wurde. 400 Millionen Menschen sollen sich durch diese aus Deutschland angeregte Initiative gegen unvermeidbare Klimaschäden versichern können. Ihre oft armen Regierungen müssen dann im Fall einer Umweltkata-

strophe nicht mehr international um Hilfe bitten, sie können die Versicherung nutzen. Außerdem gehörte Deutschland zu den Industrieländern, die den Entwicklungsländern mehr Geld für die Anpassung an den Klimawandel geben, zum Beispiel für besseren Küstenschutz oder die Umstellung der Landwirtschaft.

Doch auf dieser Klimakonferenz registrierten viele internationalen Gäste zum ersten Mal die andere Seite der deutschen Politik: das nationale Versagen. Kein Land fördert mehr klimaschädliche Braunkohle, und bisher konnte sich Deutschland nicht zu einem Ausstieg durchringen. In der Energieversorgung, beim Verkehr oder auch in der Landwirtschaft sind die CO₂-Emissionen zu hoch. Wenn nicht noch ein kleines Wunder passiert, wird die Bundesrepublik die vereinbarten Klimaziele daher nicht schaffen. In Bonn sorgte das dafür, dass der französische Präsident Emmanuel Macron bei seiner Ankunft deutlich mehr Applaus erhielt als die Klimakanzlerin Angela Merkel.

4 Was muss passieren, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen?

Für die Klimadiplomaten mag Bonn ein Erfolg gewesen sein, aus Sicht der Wissenschaft geht es auf den Gipfel viel zu langsam voran. Denn derzeit steigen die schädlichen Treibhausgasemissionen weiter, statt zu sinken. Das liegt auch an der Art und Weise, wie heute Klimapolitik betrieben wird, denn die geht so: Jedes Land, das dem Pariser Abkommen beigetreten ist, muss bei den Vereinten Nationen (UN) seine Pläne hinterlegen – jede Regierung entscheidet also selbst, wie und wie viel CO₂ sie einsparen will. Für die Diplomaten hat sich das Prinzip der Freiwilligkeit bewährt: Anders hätten in Paris wohl nicht alle Länder einem gemeinsamen Abkommen zugestimmt. Doch die bisher bei den UN registrierten Versprechen reichen nicht aus, um die zwei Grad zu schaffen. Kommt künftig so viel CO₂ in die Atmosphäre wie geplant, führt das eher zu einer Erwärmung von drei Grad. Oder sogar zu noch mehr.

In Bonn haben die Delegierten deshalb vereinbart, im kommenden Jahr ausführlich darüber zu sprechen, wie die Politik ambitionierter werden kann – und das auch außerhalb des streng ritualisierten Verhandlungsrhythmus. Beispielsweise sollen Wissenschaftler und Umweltschützer künftig mehr mitreden dürfen.

Doch die Zeit wird knapp. Und damit gleichzeitig die Lage immer dringlicher. Um in großem Maße CO₂ einzusparen, müsste die Wirtschaft vieler Länder grundlegend verändert werden: weg von der Kohle als billigem Stromlieferanten, weg vom Öl als der Basis von Treibstoff, Dünger und anderen Chemikalien, weg von der Massenproduktion in der Landwirtschaft, ihrem enormen Verbrauch von Flächen, Wasser, Pestiziden und Düngemitteln. Je später die Regierungen diesen Wandel angehen, desto schwieriger – und teurer – wird er.

ANZEIGE

Ihr Geld liebt ETF?



L

LANGFRISTIGE BEZIEHUNG GESUCHT

Bei Anlegern sind ETF beliebt – denn sie überzeugen mit niedrigen Kosten, breiter Streuung und der Gewissheit, stets mit den Märkten mitzuhalten. Doch auch hier gilt: es kommt auf die richtige Auswahl, professionelle Mischung und ständige Überwachung an.

IN GUTEN UND IN SCHLECHTEN ZEITEN

Für Ihr Vermögen wählen wir die besten ETF aus und entwickeln mit Ihnen eine Anlagestrategie, die genau zu Ihnen passt. Mit ausgefeilten Algorithmen überwachen wir Ihr Portfolio und passen es bei Bedarf an. Nicht nur aus diesem Grund ist LIQID als einziger digitaler Anbieter konsistent auf den Spitzenplätzen des renommierten firstfive-Performance-Vergleichs der deutschen Vermögensverwalter vertreten.

MACHEN SIE DEN ERSTEN SCHRITT

Ab 100.000 Euro profitieren Sie von unserer einzigartigen Kombination aus jahrzehntelanger Investment-Expertise und modernster Technologie. Mit ETF und – auf Wunsch – natürlich auch ausgewählten aktiven Fonds.

Ermitteln Sie jetzt – kostenlos und unverbindlich – Ihre persönliche Anlagestrategie auf www.liqid.de oder rufen Sie uns an unter 030 889 206 87.

LIQID

SIE VERMÖGEN MEHR.

Digitale Vermögensverwaltung mit der Familie Harald Quandt

Die Saudis lieben deutsche Waffen

Kampfjets, Drohnen, Patrouillenboote: Saudi-Arabien setzt im Krieg im Jemen Rüstungstechnologie aus Deutschland ein **VON HAUKE FRIEDERICHS**

Am 10. November war es wieder so weit. Die saudische Luftwaffe griff Ziele in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa an, die von Rebellen kontrolliert wird. Zwei Bomben trafen das Verteidigungsministerium, eine schlug in einem Wohngebiet ein. Von vielen Verletzten und Verschütteten sprachen Augenzeugen gegenüber internationalen Medien. Erst Anfang des Monats waren mindestens 26 Menschen bei Luftschlägen im Nordjemen getötet worden.

Der Krieg im Jemen fordert immer mehr Opfer. Und es gibt eine Verbindung ins ferne Deutschland. Denn bei den Attacken von Kampfjets wird regelmäßig auch deutsche Rüstungstechnologie eingesetzt. Saudi-Arabien verfügt über Eurofighter- und Tornado-Jets, deren Teile von Airbus und seinen Partnern auch in Deutschland hergestellt werden. Zudem kauft das Land Bomben und Raketen bei deutschen Konzernen.

Und das, obwohl Saudi-Arabien seit Längerem eine aggressive Außenpolitik verfolgt. So greift es nicht nur seit Anfang 2015 in den Bürgerkrieg im Nachbarland Jemen ein und führt eine Militärallianz arabischer Staaten an. Auch im Bürgerkrieg in Syrien sind die Saudis aktiv, und die Regierung mischte sich zuletzt stärker in die Innenpolitik des Libanons ein. Dessen Ministerpräsident trat

jüngst bei einem Besuch in Saudi-Arabien von seinem Amt zurück. Im Libanon behaupten Politiker, dass dieser Schritt in Riad erzwungen worden sei.

An den deutschen Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien hat das alles nichts geändert. Im dritten Quartal 2017 erteilte die Bundesregierung in Deutschland ansässigen Firmen Ausfuhrgenehmigungen für Waffen und Rüstungstechnologie im Wert von 148 Millionen, dreimal so viel wie im dritten Quartal 2016. Darunter sind unter anderem Patrouillenboote, Lastwagen und Flugzeugteile. Das räumte die Bundesregierung in der Antwort auf eine Frage des Abgeordneten Stefan Liebich von den Linken ein, die der ZEIT vorliegt. »Im Jemen verhungern die Menschen wegen der saudischen Seeblockade«, sagt Liebich, und die Regierung genehmige die Lieferung der Instrumente dafür. »Das muss sofort ein Ende haben!«

Dabei sollte mit solchen Exporten eigentlich Schluss sein. Waffenlieferungen an Unrechtsregime, die die Bevölkerung unterdrücken, werde es nicht mehr geben, erklärte Sigmar Gabriel Anfang 2014 als für Rüstungsexporte zuständiger Bundeswirtschaftsminister. Es ging vor allem um Saudi-Arabien. Aber auch als Außenminister und Vizekanzler redet er bei der Genehmigung der Ausfuhren mit.

Dennoch hat der Bundessicherheitsrat, ein geheim tagendes Gremium des Bundeskabinetts, allein in diesem Jahr den Export von sechs Patrouillenbooten ge-

nehmigt. Antragsteller für den Export ist die Lürssen Werft mit Sitz in Bremen. Das deutsche Familienunternehmen erhielt von den Saudis einen Milliardenauftrag für Dutzende Boote. Deren Ausfuhren hat die Bundesregierung sogar mit Hermes-Bürgschaften abgesichert.

Und schon 2016 genehmigte die Bundesregierung den Export von Hubschraubern, Radar-Systemen und Teilen für Kampfflugzeuge in Höhe von gut 530 Millionen Euro nach Saudi-Arabien. Damit lag das Land auf dem dritten Platz der Empfänger deutscher Rüstungstechnologie.

Rüstungskritiker befürchten, dass die Saudis die Boote aus Deutschland dazu verwenden, eine Seeblockade gegen den Jemen durchzusetzen. Mit einer solchen Blockade wollen arabische Staaten angeblich Waffenlieferungen an die Rebellen verhindern. Dafür passen die Boote aus Deutschland perfekt. »Diese sehr vielseitigen Boote sind ideal geeignet, um Küstengewässer zu sichern und darin zu patrouillieren«, wirbt die Lürssen Werft. Beim Auswärtigen Amt sieht man für missbräuchliche Einsätze der Boote aber keine Belege: »Wir gehen davon aus, dass gelieferte Güter zu dem Zweck genutzt werden, zu dem sie geliefert werden.« Also zur Grenzsicherung, zur Terrorabwehr und zur Sicherung von Bohrinseln im Golf.

Saudi-Arabien Engagement im Jemen ist vor allem gegen den Iran gerichtet. Beide Länder begreifen sich als Regionalmacht. Der Iran unterstützt die schiitischen

Huthi-Rebellen, die gegen die Regierung in Sanaa kämpfen. Saudi-Arabien wirft dem Iran daher Staatsterrorismus vor. Jüngst war aus dem Jemen eine Rakete in Richtung Riad abgefeuert worden – die saudische Regierung macht dafür die Huthi-Rebellen verantwortlich und hat seine Blockade gegen den Jemen verschärft.

Das trifft vor allem die Hungernden in dem Bürgerkriegsland. Die Vereinten Nationen warnen un-länglich, dass Millionen Menschen von Mangelernährung betroffen seien. Dazu ist die Cholera in Teilen des Landes ausgebrochen. Die Organisation Ärzte ohne Grenzen beklagt, dass Hilfslieferungen auf dem See- und Landweg kaum durchkommen. »Seit zwölf Tagen erhält Ärzte ohne Grenzen von der von Saudi-Arabien geführten Koalition keine Genehmigung mehr, von Dschibuti nach Sanaa zu fliegen«, sagte Justin Armstrong, Landeskoordinator im Jemen, am Freitag vergangener Woche. »Dies hindert die Organisation maßgeblich daran, den Menschen im Jemen die lebenswichtige medizinische und humanitäre Hilfe zukommen zu lassen, die diese so dringend benötigen.« Nach internationaler Kritik hat Saudi-Arabien vorübergehend den Hafen Aden geöffnet, den seine jemenitischen Verbündeten kontrollieren.

Die Rolle Saudi-Arabien in der Region führt in diesen Tagen zu politischem Streit zwischen Riad und Berlin. Der saudische Botschafter wurde vorübergehend in seine Heimat zurückbeordert, nachdem Außenminister

Gabriel dessen Regierung öffentlich kritisiert und ihr »Abenteuertum« vorgeworfen hatte. Man fordere, »dass beispielsweise die Blockade jemenitischer Seehäfen und Flughäfen aufgehoben wird«, sagte eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes am Montag.

Trotz der umfangreichen Lieferungen gilt Deutschland in Saudi-Arabien seit Jahren als schwieriger Handelspartner in Sachen Rüstung. Bereits die Kanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl hatten sich geweigert, dem Partner am Golf schwere Kampfpanzer zu liefern. Auch das Kabinett Merkel genehmigte keine Leopard-2-Ausfuhren an Saudi-Arabien. Das Königreich fühlte sich dupiert.

Dennoch haben Waffen »made in Germany« einen guten Ruf am Golf. Das zeigt auch die Berufung eines deutschen Rüstungsmanagers, der bislang für Rheinmetall tätig war, zum Chef eines großen Waffenbauers. Der jüngst gegründete Staatskonzern Saudi Arabian Military Services soll das Land langfristig unabhängig machen von Rüstungsimpporten. Dabei helfen deutsche Konzerne wie Heckler & Koch und Rheinmetall Denel Munition. Sie haben bereits am Bau von Fabriken in Saudi-Arabien mitgearbeitet. Deutsche Waffentechnik dürfte auch weiterhin bei saudischen Militärinterventionen eine Rolle spielen.